An den
Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen
Herrn Stanislaw Tillich
Archivstraße 1

01097 Dresden

Dresden, 03.03.2009

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Tillich,

die Tarifvertragsparteien Tarifgemeinschaft deutscher Länder und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben sich in der 4. Verhandlungsrunde am 1. März 2009 in Potsdam auf einen neuen Tarifvertrag für die Beschäftigten der Länder geeinigt.
Auch wenn beide Seiten ihre Ziele nicht zu 100 Prozent durchsetzen konnten, wurde in Potsdam ein Kompromiss gefunden, der unter Berücksichtigung der verschlechterten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen den Realeinkommensverlusten der Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder in den letzten Jahren einigermaßen Rechnung trägt.
Die vereinbarten Einkommenszuwächse sind auch eine gewisse Anerkennung in monetärer Form für die von den Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen in den letzten Jahren erbrachten sehr guten Leistungen, wie Sie sie zurecht in Ihrem Weihnachtsbrief 2008 gewürdigt haben.

Auch wenn die damit verbundenen Erhöhungen der Personalausgaben für den Freistaat Sachsen auf den ersten Blick eine weitere Belastung darstellen, werden sich im Gegenzug die Steuereinnahmen sowohl bei der Lohn- und Einkommenssteuer, als auch bei der Umsatzsteuer letztlich positiv auf den sächsischen Haushalt auswirken.
Und die positiven Auswirkungen auf Handels-, Handwerks- und Gewerbebetriebe in Sachsen werden ebenfalls dringend gebraucht. Die Kolleginnen und Kollegen haben mir in den Dienststellen sowie bei den Warnstreiks und Demonstrationen immer wieder versichert, dass sie den Lohnzuwachs nicht nach Liechtenstein oder in die Schweiz bringen, sondern ihn hier in Sachsen ausgeben wollen. Und ich sage Ihnen, Herr Ministerpräsident, ich glaube meinen Kolleginnen und Kollegen, mehr als derzeit meinem eigenen Bankberater.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
nachdem nun für die Tarifbeschäftigten des Freistaates Sachsen eine Einigung bei den Tarifverhandlungen erreicht wurde, erwarten nun die Beamten und Versorgungsempfänger des Freistaates Sachsen zu Recht, dass der Landesgesetzgeber zeitnah eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der vereinbarten Entgeltregelungen auf die Beamten des Landes und der Kommunen beschließt. Es wäre sachlich nicht zu begründen und nicht vermittelbar, den Beamten im Freistaat Sachsen und bei den Kommunen jetzt vorzuenthalten, was die Tarifbeschäftigten bekommen. Die Beamten in Sachsen verkörpern dazu überwiegend die besonders sensiblen Teile der Eingriffsverwaltungen wie Polizei, Justiz, Steuerverwaltung oder Strafvollzug, um nur einige wenige zu nennen. Diese zeitlich oder inhaltlich abzukoppeln, verbietet sich meines Erachtens. Mit Freude habe ich daher Ihre grundsätzliche Erklärung in den Medien zur Kenntnis genommen, das Tarifergebnis auch auf die Beamten des Freistaates übertragen zu wollen.

Etliche Ihrer Ministerpräsidenten-Kollegen haben sich ebenfalls bereits öffentlich zu einer **zeit- und inhaltsgleichen Übertragung** des Tarifergebnisses auf ihre Beamten bekannt. In deren Ländern gibt es zudem, im Vergleich zu Sachsen, nur sehr wenige Tarifbeschäftigte und viel mehr Beamte und Versorgungsempfänger. Ich bin daher überzeugt, dass Sie der Forderung des Sächsischen Beamtenbundes nach **zeit- und inhaltsgleicher Übertragung** des Tarifergebnisses auf die Beamten und Versorgungsempfänger nicht abgeneigt sind. Eine Entscheidung der Staatsregierung in diesem Sinne würde die Motivation dieser Beschäftigtengruppe nicht unwesentlich erhöhen und dem besonderen Dienst- und Treueverhältnis zwischen den Beamten und dem Freistaat Sachsen Rechnung tragen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
Probleme und Aufgaben, die es im öffentlichen Dienst gerade jetzt zu bewältigen gibt, erfordern die Verantwortungsgemeinschaft aller an der Sache Beteiligten. Deshalb bitten wir Sie um einen baldigen Gesprächstermin, bei dem wir die Problematik „Entwicklung des öffentlichen Dienstes in Sachsen“ erörtern können. Dies wäre meines Erachtens auch ein wichtiges Signal für die Öffentlichkeit.

Mit freundlichen Grüßen

Günter Steinbrecht
Landesvorsitzender